

Aufgabe

Ein Rollenspiel: Podiumsdiskussion – in Anlehnung an einen Zeitungsartikel

Thema: Planungsausschuss einer Stadt diskutiert über Flächennutzung

Mehrheit will Grünzug statt Wohnungen

Venusbergtunnel-Areale bleiben unbebaut

BONN. Dass der Venusbergtunnel und damit die Südtangente „endlich tot ist“, wie es H. E. (SPD) formulierte, darüber bestand im Planungsausschuss am Mittwochabend Einigkeit. Denn jetzt, da die Landesregierung die Autobahnspange zwischen A 565 und A3 nicht mehr für den Bundesverkehrsplan vorgeschlagen hat, ist eine Realisierung kaum noch wahrscheinlich. Schon deshalb beantragte die SPD schon vor Monaten, dass man das bislang für dieses Projekt freigehaltene Gebiet neu beplant. Der Vorschlag der SPD, am Rande der Kessenicher Straße Wohnbebauung vorzusehen, fand jedoch nur

bei der FDP Unterstützung.

Die schwarz-grüne Ratsmehrheit möchte das Gebiet als „Grünzug Dottendorf“ sichern. H.A. (CDU) schimpfte: „Verkaufen Sie Ihre Pläne für 20 bis 30 Wohneinheiten doch nicht als heilsbringende Wohnbebauung.“ Die SPD-Förderung nannte er „abenteuerlich“. Wichtiger als Wohnungen sei es, „eine schöne Freiluftschnese zu erhalten“. Für H.A. sind aber auch schon 30 Wohneinheiten „eine Menge, die der Wohnungsnot hilft“. Doch auch aus Sicht der Stadt handelt es sich bei diesen Grünzug um „die einzige verbliebene und hochbedeutsame Freiraumverbindung“ vom Venusberg und Kottenforst zum Rhein im Siedlungsband zwischen Bonn und Bad Godesberg. ca

Quelle: Bonner Generalanzeiger, 11.10.2013 Online-Archiv:

<http://www.general-anzeiger-bonn.de/bonn/bonn/venusberg/Mehrheit-will-Gruenzug-statt-Wohnungen-article1168606.html>

Partei A und C: befürworten die Wohnbebauung eines Freilandgebietes, das eigentlich für eine Autobahnspange vorgesehen war, nun aber nicht in den Verkehrsplan aufgenommen wurde. In der Stadt herrscht eine enorme Wohnungsnot.

Partei B und D: befürworten die Begrünung des Freilandes (Grünzug), der zugleich den letzten Verbindungsgürtel zwischen einem Stadtwald im Westen und dem Fluss im Osten der Stadt darstellt.

Bildet Gruppen zu je 4 oder 5 SchülerInnen. Sammelt gemeinsam Argumente für eine der beiden Positionen. Präsentiert eure Ergebnisse, indem ihr zunächst je 2 Vertreter eurer Gruppe als Teilnehmer einer Podiumsdiskussion bestimmt.

Insgesamt sollten dann die 4 genannten Parteien (s. Zeitungsartikel) in der Podiumsdiskussion, die ihr darstellt, vertreten sein.